

Protokoll der 96. Sitzung des rbb-Rundfunkrates

Datum:	11. Mai 2017
Ort:	Berlin
Beginn der Sitzung:	16:00 Uhr
Ende:	17:45 Uhr

Leitung: Friederike von Kirchbach

Protokoll: Jana Städing

Teilnehmer

Mitglieder des Rundfunkrates

Akyol, Hasan
Amsinck, Christian (*abwesend*)
Auster, Regine
Eschen, Barbara
Fernengel, Beate
Gelbhaar, Stefan
Geywitz, Klara
Goiny, Christian
Herzog-von der Heide, Elisabeth
Hein, Prof. Birgit
Kirchbach, Friederike von
Köppen, Dr. Martina
Kolland, Dr. Hubert (*abwesend*)
Lamers, Steffie (*abwesend*)
Lange, Brigitte (*abwesend*)
Opitz, Monika (*abwesend*)
Pienkny, Dieter
Rennert, Prof. Martin
Scherfke, Wolfgang
Schöneburg, Dr. Volkmar
Seidel, Regina
Senftleben, Ingo (*abwesend*)
Stumpenhusen, Susanne
Ullrich, Ariane
Weber, Markus
Zarth, Carola (*abwesend*)
Zenker, Babette
Zimmermann, Frank

Mitglieder des Verwaltungsrates

Althausen, Bertram (*abwesend*)

Bakir, Suat (*abwesend*)

Eikermann, Lilly

Grygier, Dr. Bärbel

König, Dorette (*abwesend*)

Quoos, Jutta (*abwesend*)

Schnell, Dr. Heidrun (*abwesend*)

Wolf, Wolf-Dieter (*abwesend*)

Vertreter des Personalrates

Selmanovic, Ermin (*abwesend*)

Matthews, Melanie

Vertreter der Rechtsaufsicht

Winterberg, Sandra (*abwesend*)

Czemper, Jan

Geschäftsleitung:

Brandstätter, Hagen

Goudarzi, Nawid

Lange, Susann

Schlesinger, Patricia

Schulte-Kellinghaus, Dr. Jan

Singelstein, Christoph

Leiterin der Intendanz

Formen-Mohr, Verena

Gremiengeschäftsstelle

Othmerding, Petra

Städing, Jana

Tagesordnung der 96. Rundfunkratssitzung am 11. Mai 2017

(Entwurf)

- TOP 01 Regularien
- TOP 02 Bestätigung des Protokolls über die 95. Sitzung des Rundfunkrates am 23. Februar 2017
- TOP 03 Bericht der Intendantin
- TOP 04 Sitzung der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 3./4. April 2017 in Frankfurt
- Friederike von Kirchbach
- TOP 05 Sitzung des GVK-Telemedienausschusses am 3. Mai 2017 in Leipzig
- Friederike von Kirchbach
- TOP 06 Sitzung des Programmausschusses am 2. März und am 27. April 2017
- Dieter Pienkny
- TOP 07 rbb-Zielvorgaben 2017/2018 (§ 3 Abs. 6 rbb-Staatsvertrag)
- Christoph Singelstein
- (Versand der Zielvorgaben: per Mail am 19. April 2017)*
- Vorlage
- TOP 08 Programmbeschwerde: Tagesschau-Beitrag „Haushaltsdebatte“ vom 23. November 2016
- (Versand der Unterlagen per Mail)*
- TOP 09 Programmbeschwerde: Tatort „Dunkelfeld“ am 11. Dezember 2016 im Ersten
- (Versand der Unterlagen per Mail)*
- TOP 10 Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. Mai 2017
- Wolfgang Scherfke
- TOP 11 Sitzungen des ARD-Programmbeirates am 28./29. März 2017 in Leipzig am 10./11. Mai 2017 in Köln
- Brigitte Lange
- TOP 12 Sitzung des Programmbeirates ARTE Deutschland am 22./23. März 2017 in Straßburg
- Dieter Pienkny
- Vorlage

- TOP 13 Sitzung des Programmbeirates ARTE G.E.I.E.
am 16./17. März 2017 in Paris
- Dr. Martina Köppen
- TOP 14 Vorbereitung Klausurtagung Rundfunkrat am 20. Juni 2017
„Journalismus unter dem Einfluss von Internet und Social Media“
- TOP 15 Verschiedenes

TOP 01 Regularien

Frau von Kirchbach begrüßt die Intendantin, die Mitglieder des Rundfunkrates, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Mitglieder der Geschäftsleitung, die Kolleginnen der Gremiengeschäftsstelle, die Vertreter des Personalrates, den Vertreter der Rechtsaufsicht und die Öffentlichkeit.

Sie begrüßt den neuen Programmdirektor Dr. Jan Schulte-Kellinghaus in seiner ersten Rundfunkratssitzung.

Frau von Kirchbach informiert über das Treffen mit der Südafrikanischen Delegation am 7. März 2017 und über das Treffen mit einer Delegation aus Sambia und deren Justizminister am 10. Mai 2017. Man habe sich über die Funktionsweise und die Arbeit von Rundfunkräten ausgetauscht. Auffällig sei die hohe Akzeptanz und Bewunderung für das gesellschaftliche Engagement der Rundfunkräte in Bezug auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen Unabhängigkeit von der Politik gewesen. Besondere Beachtung habe die gleiche Beteiligung von Frauen und Männern im Rundfunkrat gefunden.

Frau von Kirchbach weist auf die kommende Rundfunkratssitzung am 13. Juli 2017 mit Herrn Balkausky und Herrn Dr. Fikentscher zum Thema „ARD-Sportberichterstattung“ hin.

TOP 02 Bestätigung des Protokolls der 95. Sitzung am 23. Februar 2017

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 03 Bericht der Intendantin

Frau Schlesinger stellt ihren Bericht vor (Anlage 1) und präsentiert einen Film.

Herr Zimmermann begrüßt, dass die Präsenz des **rbb** auf bundespolitischer Bühne durch die Kooperation mit dem ZDF am Zollernhof und die Teilnahme an der medienpolitischen Debatte auf der re:publica gestärkt werde. Er fragt zum Thema „KEF“ und den Bedarfserwartungen für 2021, was die Grundlage dieser Berechnung und wie dezidiert diese sei.

Herr Brandstätter erläutert, auf der einen Seite gebe es die Erträge, auf der anderen die Aufwendungen. Wenn die Ertragsseite gleich bleibe, es also keine Beitragserhöhung gebe, sei sie gedeckelt. Dagegen würden die Aufwendungen z. B. durch Tarifvertragsabschlüsse im Personalbereich und durch die Inflationsrate weiter steigen. Wenn der Beitrag stabil bleibe, würde das der Verordnung eines Sparprogrammes für die Rundfunkanstalten gleichkommen. Die Anmeldung für den 21. KEF-Bericht sei abgegeben worden. Dieser sei jedoch nicht beitragsrelevant. Wenn es beim 22. KEF-Bericht keine Beitragserhöhung gebe, werde es zu drastischen Einsparungen im Programm kommen müssen. Für den **rbb** wäre dies

aufgrund der aktuell erfolgreichen Fernsehreform besonders schmerzvoll. Noch nicht einbezogen sei das von der Politik auferlegte Thema „Auftrag und Strukturoptimierung“. Die Ergebnisse dieses Projektes fließen ebenfalls in die Berechnungen ein. Daher könne es noch keine konkreten Berechnungen geben, aber die Tendenzen seien aufgrund betriebswirtschaftlicher Mathematik vorhersehbar.

Herr Zimmermann fragt, ob die Prognose auf den erkennbaren Parametern beruhe und nicht auf Programmweiterungen oder -anmeldungen oder sonstigen Wünschen der Sender.

Frau Schlesinger bestätigt dies.

Frau Zenker lobt das neue Sendeformat „SUPER.MARKT“. Es sei sehr jung, frisch und dynamisch mit verschiedensten Themen besetzt. Dies sei ein gelungener Auftakt der Programmreform.

Frau Dr. Grygier interessiert, was mit dem eingesparten Geld durch die Verzögerung des Sendestarts der „Abendshow“ geschehe.

Herr Dr. Schulte-Kellinghaus antwortet, bereits jetzt würden Beiträge produziert, die sowohl um 21:45 Uhr als auch in der ABENDSCHAU zu sehen sein werden. Diese Beiträge erzählten aus einer anderen, besonderen Perspektive. Die ABENDSCHAU sei sozusagen das „Trainingslager“ der „Abendshow“, um Erfahrungen zu sammeln. Es werde bereits Geld genutzt, und momentan erfolge die Gesamtkalkulation. In der nächsten Sitzung könne er sagen, ob eine Geldreserve übrig bleibe.

Frau Auster schließt sich der positiven Kritik von Frau Zenker an. Darüber hinaus lobt sie die umfangreiche Berichterstattung zur re:publica und begrüßt den erstmaligen Auftritt des **rbb** auf dieser wichtigen Medienveranstaltung. Wichtig finde sie auch, dass der **rbb** die Debatte zu den Wölfen in Brandenburg weiter begleite. Das sei eine gesellschaftliche Diskussion mit sehr unterschiedlichen Standpunkten. Bisher sei die Berichterstattung darüber sehr gut gewesen. Zur Serie „Charité“ würde sie sich für die Zukunft wünschen, dass solch ein regionaler Stoff vom **rbb** produziert würde oder er zumindest mit dabei sei.

Frau Schlesinger bedankt sich. Da dieses Format maßgeblich vom MDR gestaltet werde, werde er diese Produktion vermutlich ungern an den **rbb** abtreten. Zumindest die nach der ersten Folge „Charité“ erfolgreich gesendete Dokumentation sei vom **rbb** gewesen. Eine weitere Dokumentation sei bereits für die nächste Reihe verabredet, die sich mit der NS-Zeit in der Charité beschäftige. Die neue Programmbereichsleiterin „Dokumentation und Fiktion“ sei im Gespräch mit dem MDR, ob er möglicherweise mit dem **rbb** kooperieren wolle.

Herr Akyol lobt die spürbare Programmreform des **rbb**. Er fragt, ob das Mittagmagazin ein erstes Zeichen für eine Fusion von ARD und ZDF sei, und ob es stimme, dass der Rundfunkbeitrag ab 2019 um mindestens einen Euro steige.

Schließlich möchte er wissen, wie der **rbb** dazu stehe, muslimische Gedanken im Radio und Fernsehen zu senden.

Frau Schlesinger bedankt sich. Eine Fusion von ARD und ZDF verneint sie. Beim Mittagmagazin handele es sich um eine Kooperation, die helfe, Geld einzusparen. Beim „Rundfunkbeitrag“ gehe es um die Anmeldung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Sender. In der Tat könne es sein, einen Euro mehr anzumelden. Ob dieser Anmeldung stattgegeben werde, sei aber nicht sicher. Zur Frage nach muslimischen Gedanken antwortet sie, ihr liege sehr daran, in allen **rbb**-Sendungen möglichst oft auch muslimische Expertenfragen abzubilden. Es sei für sie der höhere Wert der Integration, etwas dort zu zeigen, wo es stattfinde, nämlich in der Breite der Gesellschaft. Eine Religionsendung für Muslime gebe es derzeit nicht, aber sie nehme diese Anregung gern auf.

TOP 04 Sitzung der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 3./4. April 2017 in Frankfurt

- **Friederike von Kirchbach**

Frau von Kirchbach informiert, dass derzeit bei den Gremienvorsitzendenkonferenzen die ARD-Strukturreform ein zentrales Thema sei. Es gebe einen Fragenkatalog der Rundfunkreferenten der Politik, der von der Generalsekretärin, Frau Dr. Pfab, vorgestellt worden sei. Ziel sei es, nominale Beitragsstabilität zu erreichen. Zusammengefasst könne es nach Ansicht der GVK nicht Aufgabe der Rundfunkanstalten selbst sein, mögliche Reduzierungen des eigenen Auftrags und damit der eigenen Angebote vorzuschlagen. Es sei vielmehr Aufgabe der Politik, den Rahmen der öffentlich-rechtlichen Aufgaben festzulegen. Die Grundlage für diese Festlegung dürfe auf keinen Fall allein eine finanzielle Zielsetzung sein, sondern eine Werteentscheidung über die zukünftigen Anforderungen an ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem. In dieser Debatte sähen sich auch die Gremien in einer besonderen Funktion und würden sich aktiv beteiligen.

Danach sei über die Sitzung des GVK-Finanzausschusses am 21. März 2017 informiert worden. Darin sei es um die finanzstrategische Reserve der Intendantinnen und Intendanten gegangen. Die GVK habe die durch Gespräche über die Verwendung geschaffene Transparenz begrüßt. Es sei weiterhin über die „Gemeinschaftsaufgaben und Beitragskommunikation“ und über das GVK-Forum mit dem Thema „Sportberichterstattung“ in Leipzig informiert worden. Es werde von der GVK eine schriftliche Zusammenfassung angefertigt, die im Zuge der Versendung der Unterlagen für die nächste Rundfunkratssitzung zu diesem Thema verschickt werden könne. Nächster Tagungsordnungspunkt sei „Die Ausschusstrukturen der Rundfunkgremien“ gewesen. Es gebe in einigen, wie beispielsweise dem Bayerischen Rundfunkrat, deutliche Veränderungen. Es sei weiterhin über europäische Medienpolitik berichtet worden. Dort sei die Vertretung der Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der ERGA (Gruppe Europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Medien) als Thema wieder aufgenommen worden. Bisher sei nur ein deutscher Vertreter als ERGA-Mitglied vorgesehen und von der Bundesrepublik Deutschland entsandt - der

Europabeauftragte der DLM, Dr. Tobias Schmid. Die GVK erachte eine eigene Vertretung der öffentlich-rechtlichen Aufsichtsgremien in der ERGA für erforderlich. Danach habe der ARD-Chefredakteur und Koordinator für Politik, Gesellschaft und Kultur, Rainald Becker, die geplanten Programmvorhaben anlässlich des „Jahres der Information“ in der ARD vor dem Hintergrund der zahlreichen Wahlen in diesem Jahr präsentiert. Zudem habe unsere Justitiarin, Susann Lange, die Leitlinien der Wahlberichterstattung vorgestellt. Als nächstes sei über die von der ARD neu eingerichtete Einheit „Faktenfinder“ berichtet worden, die sich insbesondere mit der Verifikation von Meldungen befasse, die sich z.B. über soziale Netzwerke verbreiteten. Diese Einheit werde unter anderem auch Thema der Klausurtagung des Rundfunkrates sein. Weiteres Thema sei „Programmbeobachtung funk“ gewesen. Der SWR-Rundfunkratsvorsitzende habe über das festgelegte Verfahren für die Programmbeobachtung von „funk“ berichtet, die federführend vom SWR-Rundfunkrat wahrgenommen werde. Der Rundfunkrat habe eine Form gefunden, auch Jugendlichen, also der Zielgruppe, die Möglichkeit zu geben, das Programm zu beobachten. Außerdem sei vom GVK-Telemedienausschuss am 13. Januar 2017 in Frankfurt berichtet worden. Im Anschluss daran habe es einen Sachstandsbericht zur Finanz- und Strukturreform der DEGETO gegeben, und die ARD-Hauptversammlung sei vorberaten worden.

**TOP 05 Sitzung des GVK-Telemedienausschusses
am 3. Mai 2017 in Leipzig**

- **Friederike von Kirchbach**

Frau von Kirchbach berichtet, es sei über den Telemedienauftrag und dessen Fortentwicklung sowie über die Auswirkungen des Urteils zur Tagesschau-App auf die Gremienaufsicht informiert worden.

Für weitere Fragen stehe sie sehr gern zur Verfügung.

**TOP 06 Sitzung des Programmausschusses
am 2. März und am 27. April 2017**

- **Dieter Pienkny**

Herr Pienkny berichtet aus der Sitzung des Programmausschusses am 2. März 2017, in der über zwei Programmbeschwerden debattiert worden sei. Ausführlich werde er zum TOP 08 und 09 darüber berichten. Herr Singelstein habe sich zu den Zielvorgaben des **rbb** geäußert, was auch unter dem nächsten Tagungsordnungspunkt thematisiert werde. Dem Programmausschuss sei wichtig gewesen, die Berichterstattung mit und über Polen weiterhin zum Schwerpunkt im **rbb** werden zu lassen. Schließlich sei das inforadio im Rahmen der Programmbeobachtung gewürdigt und gelobt worden.

In der Sitzung am 27. April 2017 sei der neue Programmdirektor Herr Dr. Schulte-Kellinghaus zu Gast gewesen und habe den Programmausschuss mit zwei Trailern auf „SUPER.MARKT“, das geplante Gesellschaftsmagazin, neugierig gemacht.

Schließlich habe Herr Singelstein das Ergebnis der jüngsten Media-Analyse vorgetragen. Antenne Brandenburg sei kein Marktführer mehr, info- und kulturradio gewannen Hörerinnen und Hörer hinzu und bei radioeins seien die Zahlen ungefähr gleich geblieben.

Ein weiterer Tagungsordnungspunkt sei die Klage der Verleger gewesen, über die die Justitiarin Susann Lange ausführlich informiert habe. Es gebe eine Verlegerklage gegen rbb²⁴, in der es um die angeblich presseähnlichen Produkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehe. Frau Lange habe erklärt, dass der **rbb** dazu angehalten sei, im Onlinebereich den sogenannten Sendungsbezug stärker auszuweisen. Verhandlungen über das Telemediengesetz würden mit Spannung erwartet. Der Programmausschuss habe angeregt, transparenter und somit für den Beitragszahler nachvollziehbarer zu machen, worum es in der Sache gehe. Anschließend habe es eine Programmebeobachtung zur Sendung „Nuhr ab 18“ gegeben, ein Satireformat, das für die ARD produziert werde. Die Sendung habe viel Zustimmung gefunden. Der Programmausschuss habe angeregt, das Format im **rbb** prominenter zu präsentieren. Schließlich informiert Herr Pienkny allgemein zum Thema „Programmbeschwerden“. Die GVK habe eine Übersicht über die Anzahl der Programmbeschwerden in den einzelnen Landesrundfunkanstalten erstellt, wo der NDR Spitzenreiter sei. Der Begriff „Programmbeschwerden“ sei allerdings in den Landesgesetzen unterschiedlich definiert und werde daher auch unterschiedlich bewertet und gehandhabt. Nicht alle Beschwerden seien förmliche Programmbeschwerden, mit denen sich der Rundfunkrat befasse.

TOP 07 rbb-Zielvorgaben 2017/2018 (§ 3 Abs. 6 rbb-Staatsvertrag)

- **Christoph Singelstein**

(Versand der Zielvorgaben: per Mail am 19. April 2017)

- **Vorlage**

Herr Singelstein erläutert, die staatsvertragsschließenden Länder hätten den **rbb** beauftragt, alle zwei Jahre einen Bericht darüber abzugeben, wie der **rbb** die nächsten zwei Jahre gestalten wolle und wie er die vergangenen zwei Jahre bewerte. An diesem aufwendigen Werk arbeiteten sehr viele Kolleginnen und Kollegen. Den Bericht erhielten nach der Beratung im Rundfunkrat die Landtage.

Der Rundfunkrat beschließt die programmlichen Zielvorgaben 2017/2018 und genehmigt den Bericht nach § 3 Abs. 6 rbb-Staatsvertrag.

TOP 08 Programmbeschwerden: Tagesschau-Beitrag „Haushaltsdebatte“ vom 23. November 2016

(Versand der Unterlagen per Mail)

Herr Pienkny erläutert, die Berichterstattung in dem Tagesschau-Beitrag sei als „regierungsfromm“ und „manipulativ“ kritisiert worden. Es sei ein 20-sekündiger Redebeitrag von Sahra Wagenknecht von den LINKEN gezeigt worden, der angeblich „willkürlich herausgehoben“ worden sei. Er sollte suggerieren, DIE LINKE seien „ein Haufen von Populisten“. Die **rbb**-Intendantin wies in einer

umfangreichen, detaillierten und pointierten Stellungnahme die Beschwerde zurück. Die ARD-Kollegen hätten den Beitrag nach strengen Kriterien zusammengestellt, und um Verkürzungen kämen die Redaktionen nicht herum. In der Sitzung des Programmausschusses habe Arnd Henze vom ARD-Hauptstadtstudio ergänzt, die Generaldebatte von mehreren Stunden musste in einer Minute und dreißig Sekunden zusammengefasst werden. Da komme man an Zuspitzungen nicht vorbei. Frau Wagenknecht habe in ihrer Rede das Thema „Populismus“ vorgegeben, andere Debattenbeiträge hätten dieses Thema aufgegriffen und seien deshalb ausgewählt und zusammengestellt worden. Schließlich habe der Programmausschuss die Beschwerde mit acht zu zwei Stimmen zurückgewiesen.

Der Rundfunkrat lehnt bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung die Programmbeschwerde ab.

**TOP 09 Programmbeschwerde: Tatort „Dunkelfeld“
am 11. Dezember 2016 im Ersten
(Versand der Unterlagen per Mail)**

Herr Pienkny resümiert, ein Zuschauer habe bemängelt, der am 11. Dezember 2016 im ERSTEN gesendete Tatort „Dunkelfeld“, enthalte exzessive Gewaltdarstellungen und verstoße gegen den Jugendmedienschutz. Der Schutz der Menschenwürde sei unterlaufen worden. In ihrer Antwort habe Frau Schlesinger darauf verwiesen, dass die Jugendschutzbeauftragte des **rbb** den Film vor der Ausstrahlung gesehen und keine jugendschutzrechtlichen Bedenken geäußert habe. Frau Schlesinger habe ergänzt, die Gewaltdarstellungen seien nicht um ihrer selbst willen gezeigt worden, sondern stünden in einem dramaturgischen Kontext. Herr Heller, Programmbereichsleiter „Unterhaltung und junge Formate“, habe ergänzend aus einem Papier der Universität Göttingen zitiert, wo 2013 eine Tagung über den ARD-Tatort im Allgemeinen stattgefunden habe: „Handelt es sich bei dem Tatort doch nach Ansicht der Forschung um den wahren deutschen Gesellschaftsroman, ein Archiv der Gegenwartsgeschichte, das populäre Gedächtnis unserer Gegenwartskultur.“ Der Programmausschuss regt an, sich mit den Tatorten und seinem gesellschaftlichen Auftrag auseinander zu setzen. Nach eingehender Debatte habe der Programmausschuss auch diese Beschwerde mit sieben zu drei Stimmen abgelehnt.

Der Rundfunkrat lehnt bei drei Enthaltungen die Programmbeschwerde ab.

**TOP 10 Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses
am 11. Mai 2017
• Wolfgang Scherfke**

Herr Scherfke berichtet, man habe sich im Wesentlichen mit dem Jahresabschluss 2016 befasst. Herr Brandstätter habe über den aktuellen Stand informiert. Es sei zunächst sicher, ein positives Ergebnis zu erzielen. In diesem Zusammenhang habe sich der Ausschuss auch über die Zusammenarbeit mit der neuen

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausgetauscht. Nächster Tagungsordnungspunkt sei der KEF-Bericht gewesen, der bereits erörtert worden sei. Herr Brandstätter habe darauf hingewiesen, dass der nächste 22. KEF-Bericht die entscheidendere Rolle spielen werde. Die Ergebnisse der jetzigen Anmeldung lägen im nächsten Frühjahr vor. Dann habe man über die Beitragsertragsplanung 2017 bis 2021 gesprochen und festgestellt, dass trotz positiver Bevölkerungsentwicklung die Beitragseinnahmen eher stagnierten. Es sei bereits darauf hingewiesen worden, dass der **rbb** auf Dauer nicht mit den Beiträgen auskäme ohne Programmkürzungen vorzunehmen. Unter dem Punkt „Sonstiges“ sei der Haushalts- und Finanzausschuss über den Einlagensicherungsfond und Schlussfolgerungen daraus für den **rbb** informiert worden.

**TOP 11 Sitzungen des ARD-Programmbeirates
am 28./29. März 2017 in Leipzig
am 10./11. Mai 2017 in Köln**

- **Brigitte Lange**

Der Bericht ist dem Protokoll als Anlage beigefügt (Anlage 2).

**TOP 12 Sitzung des Programmbeirates ARTE Deutschland
am 22./23. März 2017 in Straßburg**

- **Dieter Pienkny**
- **Vorlage**

Herr Pienkny ergänzt, er wolle das Augenmerk auf die Reportage „Der verlorene Schatz“ legen. Vor 50 Jahren sei in dieser Stadt Benno Ohnesorg erschossen worden. Berlin habe eine lange Geschichte mit dem Schah. Herr Pienkny habe den Bericht der Korrespondentin deswegen so empörend empfunden, weil sie über die Hintergründe und Finanzierung der Gemäldegalerie so sprach, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt. Es sei weder erwähnt worden, dass es sich um ein Terrorregime gehandelt habe, noch sei über die finanziellen Hintergründe, diese Kunstsammlung vor 50 Jahren zusammenstellen zu können, berichtet worden. Das sei ein sehr einseitiger Blick auf diese Geschichte.

Frau Schlesinger verweist in diesem Zusammenhang auf eine Preview in Berlin, die Dokumentation „Wie starb Benno Ohnesorg?“ am 23. Mai 2017.

Frau Geywitz fragt, ob es eine Debatte über die nicht ausgestrahlte Dokumentation „Auserwählt und ausgegrenzt“ über Antisemitismus in Europa gegeben habe.

Herr Pienkny antwortet, er habe darüber im jüngsten Pressespiegel gelesen. Da der Programmbeirat ARTE-Deutschland nur alle drei Monate tage, werde er das Thema in die nächste Sitzung mitnehmen und danach darüber berichten.

**TOP 13 Sitzung des Programmbeirates ARTE G.E.I.E.
am 16./17. März 2017 in Paris**
• **Dr. Martina Köppen**

Frau Dr. Köppen berichtet über eine positive Entwicklung von ARTE. Die Europäische Kommission habe weitere 1,2 Millionen Euro für die Untertitelung bestimmter ARTE-Sendungen zur Verfügung gestellt. Es sei darüber informiert worden, dass 70 Prozent der Europäer erreichbar seien und weitere Partnerschaften und Vernetzungen erfolgen sollten. Regelmäßig werde diskutiert, wie weit ARTE als deutsch-französischer Sender ausbaufähig sei.

ARTE feiere am 30. Mai 2017 sein 25-jähriges Bestehen, und es werde mehrere Events dazu geben. Die Botschaft sei auch hier, dass ARTE ein europäischer Sender sei. Man wolle 50 Highlights der letzten 25 Jahre zeigen. Interessant sei gewesen, dass ARTE auf Plattformen ausweiche, weil dort länger als in Deutschland gesendet werden könne. Deutschland nehme demgemäß an diesem Lizenzierungsmodell nicht teil. Schließlich sei bemerkt worden, dass es nicht gewollt sein könne, auf fremde Plattformen auszuweichen, sondern lieber eigene Mediatheken zu stärken.

Viel Diskussion habe es um das Eröffnungskonzert der Elbphilharmonie und dem Rausschneiden des Stückes von Wolfgang Rihm gegeben. Es sei aber verständlich dargestellt worden, warum das so gehandhabt worden sei.

Auch das Thema „Facebook und Fake News“ sei - bislang ergebnislos - angesprochen worden. Außerdem habe man über das Thema „Untertitel für Hörgeschädigte“ diskutiert. In Frankreich seien diese seit 2005 verpflichtend, in Deutschland diskutiere man seit 2013 darüber. Obwohl auch Hörgeschädigte den Rundfunkbeitrag entrichteten, gebe es lediglich eine Selbstverpflichtung der Sender zur Erstellung von Untertiteln.

Ein Themenschwerpunkt im Rahmen der Programmebeobachtung sei „Mensch und Tier“ auf dem Sendeplatz „Wissenschaft“ gewesen, der jedoch als einseitig kritisiert worden sei. Jüngster Themenschwerpunkt sei „Die großen Metropolen“ gewesen. Hier sei der Film „Paris - Berlin“ gelobt worden und sehr empfehlenswert.

Frau Auster fragt, ob die Dokumentation „Paris - Berlin“ auch im **rbb** ausgestrahlt werden könne.

Herr Dr. Schulte-Kellinghaus antwortet, er werde das prüfen.

TOP 14 Vorbereitung Klausurtagung Rundfunkrat am 20. Juni 2017
„Journalismus unter dem Einfluss von Internet und Social Media“

Frau von Kirchbach informiert über die geplante Klausurtagung am 20. Juni 2017 mit dem Thema „Journalismus unter dem Einfluss von Internet und Social Media“. Momentan erarbeite man mit einer kleinen Expertenrunde die inhaltliche Struktur. Geplant seien bislang zwei Tagesordnungspunkte: „Journalismus unter dem

Einfluss von Internet und Social Media“: Wer bestimmt die Regeln im Journalismus? Bleibt im Journalismus die Wahrheit auf der Strecke? Wohin steuert der Netz-Journalismus, und zerstört er die klassischen medialen Standards? Im ersten Klausurteil sei eine Podiumsdiskussion mit der Moderation von Sascha Hingst geplant. Prof. Hans-Jürgen Arlt (Kommunikationswissenschaftler) werde ein Eingangsstatement geben, und auf dem Podium werde mit Angela Ulrich (Redakteurin im ARD-Hauptstadtstudio) und Dr. David Biesinger (Leiter von inforadio) sowie mit dem Plenum diskutiert. Nach der Mittagspause werde es im zweiten Klausurteil um den Umgang mit Fake-News und um das Anti-Fake-News-Portal der ARD „faktenfinder.tagesschau.de“ gehen. Patrick Gensing (Projektleiter Faktenfinder und Tagesschau-Autor) werde über diese Gruppe berichten, die Falschmeldungen den Kampf ansagten und herausfinden wolle, wie groß das Phänomen Fake-News in Deutschland tatsächlich sei. Der Faktenfinder verstehe sich als Knotenpunkt im ARD-Netzwerk und als Ansprechpartner für Fragen, Recherchen und Themenvorschläge.

Frau Geywitz regt an, auch den Umgang mit „Zitierungsregeln“ zu thematisieren.

Frau Auster berichtet, im Programmausschuss sei ausführlich zur Klage der Verleger und zur Notwendigkeit der Ausgestaltung der Möglichkeiten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Onlinebereich diskutiert worden. Für sie müsse der öffentliche-rechtliche Rundfunk im Onlinebereich die Möglichkeit erhalten, sich weiter zu entwickeln, um auch jüngere Zielgruppen weiter zu erreichen. Sie regt an, dies auch im Rahmen der Klausurtagung zu thematisieren.

Herr Gelbhaar schlägt vor, „rbb|24“ und „die Geschwindigkeit des Journalismus“ zu thematisieren. Er glaubt, dass viele Journalisten gerade im Online-Bereich einem neuen Stressfaktor ausgesetzt seien.

Herr Pienkny gibt zu bedenken, es gebe ein Zeitkontingent von vier Stunden, daher müsse man für eine Tagesordnung zuspitzen und Überschriften finden, die man nun habe. Es werde genügend Zeit für Fragen geben, und man habe Gäste eingeladen, die in der Lage seien, die Standards und aktuelle Entwicklungen zu beleuchten.

TOP 15 Verschiedenes

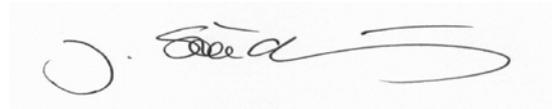
Frau Prof. Hein fragt nach dem Stand der Verlegerklage.

Frau S. Lange verweist zunächst auf das Schreiben von Frau Schlesinger, in dem sie den Rundfunkrat über die Klage der Verleger informiert und diese rechtlich sowie medienpolitisch eingeordnet habe. Die Verleger hätten die Klage zwar angekündigt, bisher sei dem **rbb** jedoch eine Klageschrift nicht zugestellt worden. Im Fokus stünden rbb|24 beziehungsweise www.rbb-online.de. Die Beiträge im Netz seien nicht sendungsbezogen und presseähnlich, was nicht erlaubt sei - so der Vorwurf der Verleger. Der **rbb** sei hingegen der Meinung, man verhalte sich rechtskonform.

Frau von Kirchbach schließt die Sitzung.

Handwritten signature of Friederike von Kirchbach in black ink on a light background.

Friederike von Kirchbach
Vorsitzende des Rundfunkrates

Handwritten signature of Jana Stading in black ink on a light background.

Jana Stading
Protokoll

Anlagen (*per Mail*)

- 1 - Bericht der Intendantin
- 2 - Bericht zu TOP 11